

Dieter Schulte

Reformjahr 1996 - ein Ausblick

1996 soll zum Jahr der Reform des Deutschen Gewerkschaftsbundes werden. Auf dem 5. außerordentlichen Bundeskongreß vom 14. bis 16. November 1996 in Dresden soll ein neues Grundsatzprogramm verabschiedet und die Organisationsreform des Bundes abgeschlossen werden. So zumindest hat es der DGB-Bundesvorstand 1992 beschlossen, und auf dieses Ziel arbeiten die Kommissionen zur Programm- und Organisationsreform hin.

Gelingen wird diese Reform nur, wenn sie gemeinsam vom Bund und seinen Gewerkschaften gewollt wird und wenn gemeinsam Ziele bestimmt und Reformschritte vereinbart werden. Die Gewerkschaften entscheiden, welche Bedeutung der Bund haben wird. Sie sind die Architekten, die die Konstruktion des gemeinsamen Hauses bestimmen. Dennoch kann sich der Bund nicht auf die Zuschauerbank setzen, sondern er muß Vorgaben machen, Neues anstoßen, Konflikte lösen, Meinungsbildung koordinieren.

Diese Aufgabe hat der DGB bisher wahrgenommen und durch unbequeme Vorschläge Profil gewonnen. Dies muß so bleiben. Die Stärkung des DGB darf keine Floskel sein, sondern sie muß den gemeinsamen Willen der Gewerkschaften ausdrücken, bei der Reform der Arbeitswelt wie der Gesellschaft gemeinsam zu handeln.

I.

Wer den DGB und die Gewerkschaften von außen beobachtet und mehr noch, wer ihr Innenleben kennt, weiß, daß es sehr lange dauert und oftmals sehr schwierig ist, sie zu reformieren. Das Bild des Tankers trifft auch auf die Gewerkschaften zu. Allerdings ist dieser Tanker seit 1989 erheblich in Bewegung geraten.

Die deutsche Einheit erforderte binnen knapper Frist den Aufbau einer betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung in einem Land, das in kürzester Zeit den tiefsten Umbruch seit 45 Jahren erlebt hat. Umbrüche, Aufbrüche und in viel zu hohem Maße Abbrüche bestimmen seit 1989 das Schicksal von 9 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Ostdeutschland und mittelbar oder unmittelbar auch ihrer Kolleginnen und Kollegen im Westen.

Darauf waren die Gewerkschaften weder politisch noch organisatorisch und schon gar nicht programmatisch vorbereitet. In den siebziger und achtziger Jahren wurde hier und da über die Umwandlung der kapitalistischen Markt - in eine demokratisch-sozialistische Planwirtschaft zum Teil heftig debattiert - aber für den umgekehrten Prozeß gab es weder Überlegungen

noch Konzepte. Oder wie ein estnisches Sprichwort sagt: Man wußte, wie aus Fisch Suppe wird, aber nicht, wie man aus Suppe Fisch macht.

Während die Apologeten der freien Marktwirtschaft den Sieg über den Staatssozialismus feierten und im Vertrauen auf das Wirken des Marktes hofften, mit der Einführung der D-Mark würden die Landschaften von selbst erblühen, hatten die Gewerkschaften, der Bund und in Ostdeutschland die Kommunen und Länder mit westdeutscher Unterstützung alle Hände voll zu tun, einen völligen Zusammenbruch von Wirtschaft und Gesellschaft zu verhindern.

Der Aufbau in den neuen Ländern wurde blockiert durch eine unsinnige Eigentumsregelung, industrielle Substanz wurde zerstört, weil Unternehmen um jeden Preis privatisiert wurden. Die westdeutsche Wirtschaft hat ihre Bringschuld an Investitionen nur teilweise erfüllt, und die Weigerung vieler Arbeitgeber, Tarifverträge anzuerkennen, gefährdet die Grundlagen unseres Systems der autonomen Gestaltung der Arbeitsbedingungen.

Überall mußte improvisiert werden - und das, was nicht selten ohne jegliche Beschlußlage entstand, verdient es, politisch beweitet und in vielem bewahrt zu werden.

Ohne die Intervention von Belegschaften, Betriebsräten und Gewerkschaften, aber auch ohne die Bemühungen der Politik wären die neuen Bundesländer heute eine industrielle Wüste - ohne die aktive Arbeitsmarktpolitik, ohne Sozialpolitik. Mitbestimmung und den Prozeß der Angleichung der Tariflandschaft gäbe es massive soziale Unruhen, und ohne hohe organisationspolitische Vorleistungen der Gewerkschaften wäre die Demokratie in Ostdeutschland weniger stabil.

Niemals wurde die Notwendigkeit eines aktiven Eingreifens in marktwirtschaftliche Prozesse so deutlich wie beim Umbau der Plan- in die Marktwirtschaft, und noch bis heute ist die ostdeutsche Wirtschaft ohne den Staat nicht lebensfähig. Wie eng Staat und Wirtschaft, Arbeitgeber und Gewerkschaften miteinander kooperieren müssen, zeigt die ostdeutsche Erfahrung. Nicht die Marktwirtschaft hat gesiegt, sondern die Fähigkeit der Tarifvertragsparteien und des Staates zum Kompromiß und zur Kooperation.

Halten wir fest: Regime wie das in der DDR oder in Osteuropa, die im Namen der Gleichheit und mit dem Anspruch, Menschen sozial zu sichern. Freiheit und Demokratie nicht zuließen, die weder freie Gewerkschaften noch das Recht auf politische Opposition kannten, können auf Dauer nicht überleben. Schon gar nicht, wenn für sozialen Fortschritt kaum noch eine wirtschaftliche Basis besteht. Insoweit ist der real untergegangene Sozialismus als System zu den Akten gelegt und ein Thema für Historiker. Nicht untergegangen sind dagegen die Biographien der Menschen in Ostdeutschland in all ihrer Widersprüchlichkeit.

Manche, die in der alten Bundesrepublik - auch in den Gewerkschaften - an den real existierenden Sozialismus als einen besseren Weg geglaubt haben,

sind um mehr als eine Illusion ärmer. Insofern wird auch die Programmatik des DGB manche Hoffnung auf Systemveränderung begraben müssen. Aber daß Gewerkschaften nun noch mehr als dies in der Vergangenheit der Fall war, ihren Reformanspruch in der Marktwirtschaft offensiv anmelden und praktisch verwirklichen müssen - dies soll deutlich unterstrichen werden, denn gerade die ostdeutsche Entwicklung hat auch die häßlichen Seiten ungehemmter Marktwirtschaft zum Vorschein gebracht.

Freiheit und Demokratie haben nur dann eine Chance, wenn sie auf sozialer Sicherheit, menschenwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen, auf Mitbestimmung und damit auf handlungsfähigen Gewerkschaften aufbauen.

II.

Der Umbruch in Ostdeutschland ließ für einige Zeit den Reformbedarf in den alten Bundesländern in den Hintergrund treten. Die Gewerkschaften hatten in Ostdeutschland zunächst explosive Mitgliedergewinne - fast 4 Mio. in einem Jahr und anschließend starke Verluste von 2 Mio. in drei Jahren zu verzeichnen. Sie konnten dort die großen Erwartungen an ihre Durchsetzungskraft nur unzureichend erfüllen und waren zu schwach, um Menschen in einem dichten Netz auffangen und ihren Weg in die weitgehend unbekannte Marktwirtschaft so begleiten zu können, wie dies gewünscht wurde. Gerade der Aufbau in Ostdeutschland hat uns vor Augen geführt, daß Mitglieder und solche, die es werden wollen, von den Gewerkschaften nicht nur eine effektive Dienstleistung oder eine wirksame Interessenvertretung erwarten: Mitglieder wollen auch eine Kultur der Organisation, von der sie sich angesprochen fühlen.

Faßt man die Entwicklung der Mitgliederzahlen in Westdeutschland ins Auge, fällt auf: Wir haben zu wenig junge Menschen - ihr Anteil an der Gesamtmitgliedschaft liegt bei 10 Prozent; wir müssen noch mehr Frauen organisieren - die Hälfte aller Frauen ist heute erwerbstätig, aber nur ein Drittel Gewerkschaftsmitglied; und wir benötigen viel mehr qualifizierte Angestellte in unseren Reihen, damit wir dort, wo die Zukunft der Arbeit und der Industriegesellschaft entworfen und entwickelt wird, präsent sind.

Aber auch da, wo wir stark sind, bei den Arbeiterinnen und Arbeitern sowie bei den Angestellten der unteren und mittleren Einkommensgruppen, besteht die Gefahr „gewerkschaftsfreier“ Räume. Zwar haben Gewerkschaften wie Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG), Bau-Steine-Erden (BSE), Holz und Kunststoff (GHK) - um nur einige zu nennen - eine lange Tradition der Betreuung von Mitgliedern in Klein- und Mittelbetrieben, in Handwerk und Dienstleistung. Aber die Zunahme der Beschäftigten fast ausschließlich in klein- und mittelbetrieblichen Strukturen durch Ausgründungen, Unternehmensaufspaltungen oder auch die vielen Neugründungen in den wirtschaftsnahen, den sozialen und privaten Dienstleistungen erfordern von allen Gewerkschaften eine viel intensivere Organisationsleistung in diesem Bereich.

Die Zeit, in der sich Gewerkschaftssekretäre sicher sein konnten, daß Betriebs- und Personalräte schon die Masse der Mitglieder organisieren würden, ist vorüber. Systematische Erschließung neuer Mitgliederpotentiale und eine Organisationskultur, die diese neuen Mitglieder auch aufnimmt, sind Aufgaben, denen sich alle stellen müssen. Mitgliederwerbung und -betreuung sind der Schlüssel für unsere Handlungsfähigkeit in der Zukunft. Kirchen sind auf Gläubige, Parteien vor allem auf Wähler, Gewerkschaften auf Mitglieder angewiesen.

Wie müssen unsere Politik und unsere Organisation aussehen, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Mitglieder der Gewerkschaften werden, ihren Beitrag leisten und mitmachen? So lautet die zentrale Leitfrage der Organisations- wie der Programmreform.

III.

Reformbedarf besteht in der Weiterentwicklung gewerkschaftlicher Strukturen. Bei der Gründung des DGB im Jahr 1949 war es noch recht einfach möglich, Organisationsgebiete klar voneinander abzugrenzen. Heute befinden sich die Strukturen unserer Wirtschaft in einem Prozeß der Umgestaltung, dem die Gewerkschaften nur mit Mühe folgen. Dafür einige Beispiele: Durch Ausgründungen wächst der Sektor der produktionsnahen Dienstleistungen, damit verlassen deren Beschäftigte den unmittelbaren Zusammenhang der industriellen Produktion mit ihren angestammten Organisationsgebieten - es sei denn, diese Gebiete würden ausgeweitet; die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, etwa von Post und Bahn, hat die Tür für privatwirtschaftliche Unternehmensneugründungen geschaffen. Organisationsbereiche der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Privat-Wirtschaft überschneiden sich; öffentliche Unternehmen drängen in Gebiete, die bisher privatwirtschaftlich organisiert waren; und es entstehen Unternehmen mit Geschäftsfeldern, für die mehrere Gewerkschaften die Zuständigkeit reklamieren, Umweltschutz, Multimedia, Logistik beispielsweise wachsen zu Branchen, die im traditionellen Organisationsraster des DGB nicht vorgesehen waren.

Kurz: Die Gewerkschaften müssen sich darauf einstellen, daß sich die Branchen in einem laufenden Prozeß der Veränderung und Neubildung befinden. Notwendig sind Verabredungen unter den Gewerkschaften, die es ihnen ermöglichen, vorausschauend und in Kooperation miteinander neue Mitglieder zu organisieren und gewerkschaftsfreie Räume zu verhindern. Voraussetzung sind verbindliche Regeln darüber, wie im Streitfall zu entscheiden ist und die Bereitschaft, diese Regeln auch einzuhalten. Nichts wäre schlimmer als eine Fortsetzung oder gar Zunahme von Organisationskonflikten.

Ob Fusionen oder Kooperationen die Gewerkschaftslandschaft in Zukunft noch weiter verändern werden und sollen, beherrscht viele Reformdebatten. Klaus Zwickel spricht von 5 Gewerkschaften, Hubertus Schmoltdt von 7 bis 8.

Beide weisen damit auf die Notwendigkeit starker Organisationen hin, die sich auch finanziell selbst tragen. Die Gewerkschaften Holz und Kunststoff (GHK), Textil-Bekleidung (GTB), Nahrungs-Genuss-Gaststätten (NGG), IG Medien und Handel, Banken und Versicherungen (HBV) kooperieren seit längerem in der Organisation ihrer Mitgliederbetreuung und bei der Willensbildung im DGB. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sind enger zusammengerückt. Sie machen darauf aufmerksam, daß sich Gewerkschaften nicht am Reißbrett zusammenfügen lassen.

Tatsache ist, daß es ab dem 1. Januar 1996 eine neue Gewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt (BAU) gibt, deren Organisationsgebiet im Umweltbereich in Abstimmung mit anderen Gewerkschaften noch genauer geklärt werden muß, und daß es ab 1997 eine neue Gewerkschaft IG Chemie, Bergbau und Energie geben wird, deren Organisationsgebiete ebenfalls strittig sind.

Weitere Fusionen müssen aus den Gewerkschaften selbst hervorgehen. Wesentlich wichtiger scheint mir der Ausbau der Kooperationen - in der Tarifpolitik, in der Betreuung von Klein- und Mittelbetrieben (z. B. in Gewerbeparks und in Zukunftsbranchen), wie sie heute schon in großen Konzernen, die in mehreren Branchen tätig sind, üblich ist. Aus Kooperationen können Fusionen werden. Ohne Kooperation machen Fusionen wenig Sinn. Der DGB wird in diesem Prozeß nicht auf der Zuschauertribüne sitzen, aber auf dem Papier hervorzaubern kann er ihn nicht.

Bereits Ende 1988 begann unter dem heilsamen Zwang zum Sparen die Reform des DGB. Sie ist weit vorangeschritten: Schon der 15. Bundeskongreß hat die Strukturen der Landesbezirke, des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, des Bundeskongresses und des Bundesausschusses effektiver gestaltet. Die DGB-Kreise wurden auf der regionalen Ebene zusammengefaßt.

Der Bedarf, die DGB-Ortskartelle, die weitgehend ein Schattendasein fristen, neu zu beleben, wächst. DGB-Landesbezirke und DGB-Kreise müssen nun die Aufgaben zugewiesen bekommen, die sie erfüllen sollen und können. Sie brauchen aber auch eine klare Funktionszuweisung. Sie sind die politischen Repräsentanten der Gewerkschaften im Land und in der Region und keine Geschäftsstellen der DGB-Bundesvorstandsverwaltung. Durch die Wahlfunktion ihrer Vorstände muß dies deutlich unterstrichen werden. Ein weiterer Reformschritt wäre die Erkenntnis, daß der DGB nicht überall durch einen hauptamtlichen Funktionär vertreten sein muß, sondern daß auch die Gemeinschaft der Gewerkschaften als DGB tätig werden kann, wenn sie sich auf klare Strukturen der Willensbildung und der Repräsentanz nach außen verständigt.

Notwendig ist eine klare Arbeitsteilung zwischen dem DGB und den Gewerkschaften: Wer erbringt welche Dienstleistung, z. B. im Rechtsschutz, in der Öffentlichkeitsarbeit und in der Vertretung gemeinsamer Interessen? Inzwischen wird deutlich, daß der DGB in zentralen Handlungsfeldern

unserer Politik, etwa in der Wirtschafts-, Struktur-, Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Sozial- und Europapolitik, eine stärkere Rolle spielen bzw. einige dieser Aufgaben allein übernehmen soll. Entsprechende Entscheidungen stehen an. Der erklärte Wille aller ist die Stärkung des DGB - dies bedeutet aber auch, daß der DGB mandatiert und instand gesetzt werden muß. neue Aufgaben zu übernehmen. Führungskraft und Kompetenz muß er dann selbst einbringen.

IV.

Ebenso wichtig wie eine zukunftsweisende Struktur ist die Reform der Programmatik des DGB. Nach einer Debatte - die seit drei Jahren leider zu verhalten geführt wird - wird derzeit ein neuer programmatischer Text entworfen. Er soll deutlich machen, wie wir auf die veränderten Herausforderungen gewerkschaftlicher Politik antworten wollen, um auch im nächsten Jahrtausend Schutz- und Gestaltungsmacht bleiben zu können:

Auch wenn man die von den Arbeitgebern und ihren publizistischen und politischen Bündnispartnern geführte Standortdebatte mit ihrer gebets-mühenhaft vorgetragenen Forderung nach Kostensenkung nicht zum Auslöser gewerkschaftlicher Reformüberlegungen machen kann, so bleibt doch die wachsende Globalisierung der Kapital-, Waren-, Dienstleistungs- und mittlerweile auch der Arbeitsmärkte die erste veränderte Rahmenbedingung, der die gewerkschaftliche Politik Rechnung tragen muß.

Globale Konkurrenz entgrenzt nationale Volkswirtschaften und führt zu einer immer größeren Verflechtung regionaler Wirtschaftsräume. Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt wird zur entscheidenden Größe für multinationale Konzerne, für Branchen und Wirtschaftsstandorte. Arbeitsbedingungen, Arbeitsinhalte, ja selbst Entgelte und Arbeitszeiten werden international beeinflußt. Die Bewegungen auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten entscheiden zunehmend mehr über Absatzchancen und Standortfragen als nationale Tarifpolitiken und lokale Betriebsvereinbarungen.

Mit der Entgrenzung der Volkswirtschaften durch die Globalisierung schwinden auch die Möglichkeiten der Nationalstaaten. Konjunkturen zu steuern und den Strukturwandel zu beeinflussen. Andererseits bilden sich neue supranationale Formen der politischen Beeinflussung heraus. Veränderte politische Anforderungen an die Weltbank, den Weltwährungsfonds und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), aber auch die Weltwirtschaftsgipfel, die Weltumwelt- wie Weltsozialgipfel sind Ausdruck dieses wachsenden politischen Regelungsbedarfs. Weder Politik noch Gewerkschaften dürfen die globale Konkurrenz als stummen Sachzwang akzeptieren, dem sie sich zu beugen hätten. Im Gegenteil: Wir brauchen neue Formen politischer Regulierung der Weltmärkte mit neuen Instrumenten, um die Weltökonomie jenen Maßstäben zu unterwerfen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind.

- Diese neue Form politischer Regulierung ist um so notwendiger, weil nicht nur die nationalen Ökonomien entgrenzt werden, sondern auch andere Menschheitsprobleme immer deutlicher hervortreten: die soziale Frage und die ökologische Frage. Ein rasantes Wachstum der Erdbevölkerung und zunehmende Ungerechtigkeit in der Verteilung der natürlichen Ressourcen und des gesellschaftlichen Reichtums dieser Erde - nicht mehr nur zwischen Nord und Süd, sondern auch im Norden und im Süden - machen eine neue Weltsozialordnung immer dringlicher. Zugleich verlangt die schleichende und nicht minder gefährliche Erosion und Vergiftung der natürlichen Lebensgrundlagen nach einem Umsteuern bei Produktion und Lebensführung.

Der Zusammenbruch des realen Sozialismus hat die Systemkonkurrenz beendet. Um so dringlicher ist eine umfassende demokratische, soziale und ökologische Reformpolitik, um die schädlichen Folgen ungehemmter Weltmarktkonkurrenz zu bändigen. Es wäre eine Überforderung des DGB, wenn er eine solche Reformpolitik in einer neuen Programmatik bis ins einzelne entwerfen sollte. Aber das Programm muß eine Perspektive in diese Richtung eröffnen.

- Die andere Seite der Globalisierung und damit der Zentralisierung unternehmerischen Handelns ist eine wachsende Dezentralisierung von Unternehmenseinheiten und Produktionsstätten. Betriebswirtschaftliches Kalkül zerlegt Unternehmen und Betriebe in kleinste Einheiten, um höchstmögliche Effizienz, Produktivität und Rendite zu erzielen. Neue Technologien waren die Voraussetzung solcher Formen dezentraler Produktion - mit Multimedia ist selbst die Rückverlagerung der Arbeit von der Fabrik in die Privatwohnung möglich. Aber der entscheidende Umbruch ist die Kehre von der technik- zur arbeitszentrierten Form der Arbeitsorganisation. Nicht mehr Technik ersetzt den Menschen, sondern die bessere Nutzung menschlicher Kreativität, Innovation und Qualifikation ist gefordert.

Die Gewerkschaften, deren Praxis, Politik und Programm auf die großen unternehmerischen Einheiten der tayloristischen Massenproduktion eingestellt sind, müssen sich auf eine wachsende Differenz der Arbeitsorganisation und -inhalte, unterschiedlichere Arbeitsbedingungen und unübersichtlichere und vermischtere Formen der Unternehmensorganisation einstellen.

- Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit bleibt für die nächsten Jahrzehnte eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften. Dabei werden wir ganz neue Wege gehen müssen. Massenarbeitslosigkeit und tiefe Einschnitte in soziale Leistungen untergraben die Fundamente des Sozialstaates. Der Verlust an Solidarität und Mitmenschlichkeit gefährdet dessen gesellschaftliche Legitimation. Seiner Aufgabe, die Gesellschaft zusammenzuhalten und der Demokratie ein sicheres Fundament zu geben, kann er immer weniger gerecht werden.

Konservative und Liberale irren, wenn sie glauben, daß mehr Freiheit und Selbstbestimmung durch einen Abbau des Sozialstaates verwirklicht werden

könnten. Das Gegenteil ist der Fall. Ein freies und selbstbestimmtes Leben ist für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nur dann möglich, wenn der Sozialstaat Teilhaberechte an den Gütern dieser Gesellschaft sichert. Der Sozialstaat muß sich auf die veränderten globalen Rahmenbedingungen einstellen. Das heißt jedoch nicht Abbau, sondern Reform des Sozialstaates.

Wenn global über Arbeitsplätze und -bedingungen entschieden wird, dann bleibt eine nationalstaatliche Beschäftigungspolitik allein wirkungslos. Wenn supranationale Entscheidungsstrukturen heranreifen, dann muß auch sozialstaatliches Handeln die nationalen Grenzen überschreiten. Wenn Verteilungsspielräume enger und Verteilungskämpfe härter werden, dann müssen die Ressourcen des Sozialstaates durch Prävention geschont, Leistungen effizienter erbracht und Teilhaberechte neu definiert werden.

Der Sozialstaat ist das Fundament der deutschen Nachkriegsgesellschaft und hat zur Stabilität der Demokratie wie zum wirtschaftlichen Erfolg wesentlich beigetragen. Angesichts einer gesellschaftlichen Debatte, die den Sozialstaat bestenfalls auf die Sozialversicherungspolitik reduziert und schlimmstenfalls nur noch als bloßen Kostenfaktor wahrnimmt, muß diese umfassende, für das Gemeinwesen fundamentale Aufgabe des Sozialstaates Ausgangspunkt jeglicher Überlegungen sein, die den Sozialstaat reformieren und nicht deformieren wollen.

V.

Aus der Debatte in der Programmkommission des DGB, aus Werkstattgesprächen des DGB und der Gewerkschaften, in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ und aus den Leitbildern, wie sie die Programm-AG 1994 vorgelegt hat, lassen sich Konturen wie Kontroversen einer neuen Programmatik erkennen:

Wir werden die Maßstäbe gewerkschaftlicher Politik weiterentwickeln. Maßstäbe sind unsere Grundwerte - Solidarität, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.

Solidarische Selbsthilfe und Solidarität im Kampf für soziale Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Gewerkschaften seit ihrer Gründung geleitet. Heute wächst diese Solidarität aber nicht mehr wie selbstverständlich aus dem annähernd gleichen Schicksal der Angehörigen einer sozialen Klasse, aus traditionellen Milieus und aus der Familie, sondern mehr und mehr aus der Bereitschaft und der Einsicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, daß gemeinsames Handeln für die Durchsetzung ihrer Interessen notwendig ist. Angesichts der Spaltungen in unserer Gesellschaft und der globalen Herausforderungen wollen wir zugleich unseren Solidaritätsbegriff erweitern: Wir wollen Maßstäbe einer solidarischen Gesellschaft entwickeln, die Konkurrenz begrenzt und Vereinzelung und soziale Kälte aufhebt, und wir wollen in diese Solidarität auch die Lebenschancen der künftigen Generationen einbeziehen. Es geht also nicht mehr nur um die

Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen, sondern auch um das Handeln in Verantwortung für die Zukunft einer humanen Gesellschaft.

Solidarität bleibt für uns die Voraussetzung für Freiheit und Gerechtigkeit. Dem Vorwurf, mit kollektivistischer Regelungswut Freiheit eingrenzen zu wollen, setzen wir einen Freiheitsbegriff entgegen, der Solidarität zur Voraussetzung eines Lebens in Freiheit und Selbstbestimmung macht. Allzulange haben die Gewerkschaften es Arbeitgebern und Liberalen überlassen zu bestimmen, was Freiheit ist. Wir wollen die persönlichen wie politischen Freiheitsrechte deutlich betonen und in diesem Sinne auch ein neues Verständnis von Toleranz, des Respektes vor unterschiedlichen Auffassungen und Meinungen und damit ein neues Verständnis unseres Handelns in dieser Gesellschaft entwickeln. Darum müssen wir Gleichheit und Gerechtigkeit in ein neues Verhältnis setzen. Gewerkschaften wollen nach wie vor mehr Gleichheit in dieser Gesellschaft. Der Abbau von Privilegien, die Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes durch den Sozialstaat, die Durchsetzung gleicher Lebenschancen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfordern nach wie vor unser Engagement für mehr Verteilungsgerechtigkeit. Darüber hinaus wollen wir den Kampf gegen die Diskriminierung in der Arbeitswelt und der Gesellschaft in eine offensive Gleichstellungspolitik für Frauen erweitern. Insofern wollen wir mehr Gleichheit.

Gleichheit bedeutet für uns nicht Gleichmacherei. Gerade aus der Diskussion über die Organisierung sehr unterschiedlicher Gruppen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wissen wir, daß es wichtig ist, auch die Unterschiede in den Erwartungshaltungen, den Interessen, in Qualifikation und Leistung ernst zu nehmen. Gerechtigkeit kann darum nicht mehr nur allein Verteilungsgerechtigkeit bedeuten, sondern auch die Anerkennung der berechtigten Unterschiede zwischen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern - also nicht nur für alle das gleiche, sondern auch jedem das Seine.

VI.

Wenn wir unsere Grundwerte zum Maßstab unseres Handelns nehmen, bedeutet das nicht, daß damit der Gegensatz von Kapital und Arbeit zu den Akten gewerkschaftlicher Programmatik gelegt wäre. Er ist für viele Auseinandersetzungen in der Arbeitswelt und für viele Verteilungskonflikte in dieser Gesellschaft nach wie vor bestimmend. Aber es muß auch deutlich gemacht werden, daß die Art und Weise, wie die Gewerkschaften mit diesem Gegensatz im Konflikt oder in der Kooperation mit den Arbeitgebern umgehen, eine Ursache ihrer erfolgreichen Politik ist und zur Stabilität unseres Wirtschafts- und Lebensstandortes beigetragen hat. Das schreiben wir selbstbewußt auch all denen im Arbeitgeberlager und in der Politik ins Stammbuch, die dem Kapital wieder den absoluten Vorrang vor der Arbeit einräumen wollen.

Zum anderen müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß sich heute viele Verteilungskonflikte nicht mehr vorrangig aus dem Gegensatz von Kapital und

Arbeit ableiten lassen. Verteilungskonflikte zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, zwischen den Geschlechtern um Lebenschancen, Teilhabe und Macht; zwischen denen, die Arbeit haben, und den Arbeitslosen: Konflikte zwischen den Generationen; Konflikte zwischen arm und reich in Europa und der Welt, aber auch Konflikte um die Verteilung der knappen Ressourcen der Natur können wir mit dem traditionellen Verständnis von Klassenauseinandersetzung weder erklären noch lösen. Wir brauchen vielmehr ein neues Verständnis des gerechten Teilens - geleitet von Solidarität, um Freiheit zu ermöglichen. Darin muß der unverwechselbare Charakter gewerkschaftlicher Politik in Zukunft bestehen.

VII.

Die Perspektiven der Erwerbsarbeit sind angesichts struktureller Arbeitslosigkeit unsicher. Selbst im Jahr 2010 wird eine Beschäftigungslücke von rund 4 Mio. Arbeitsplätzen bestehen. Damit stellt sich die Frage nach der Realisierbarkeit des Vollbeschäftigungszieles. Gewerkschaften können und wollen diese Perspektive nicht aufgeben. Wenn Gewerkschaften auf Vollbeschäftigung verzichten, dann nehmen sie Millionen Menschen ein Stück Hoffnung. Gerade das „Bündnis für Arbeit“ zeigt, daß Gewerkschaften zu großen Zugeständnissen bereit sind, wenn Arbeitgeber und Staat sich verpflichten, mehr Arbeit zu schaffen.

Dennoch wird Vollbeschäftigung, wie es sie früher zeitweise gab, nicht wieder erreicht werden können. Darum wollen wir Vollbeschäftigung neu bestimmen. Sie sollte Möglichkeit sein, all denen Erwerbsarbeit zu verschaffen, die sie anstreben. Dabei müssen Phasen der Erwerbs- mit Phasen der Nichterwerbsarbeit, der Bildung, Erziehung, Teilzeitarbeit verbunden werden. Der Stellenwert der Erwerbsarbeit im Leben der Menschen hat sich relativiert - aber ihre grundsätzliche Bedeutung für die Lebenschancen und -bedingungen bleibt bestehen.

Notwendig sind weitere Schritte der Arbeitszeitverkürzung - verbunden mit Flexibilität und Zeitsouveränität. Befristete Arbeitsverhältnisse, Arbeitsverhältnisse, die durch Leiharbeit begründet werden, mehr Selbständigkeit und auch Teleheimarbeit können wir aber nur dann akzeptieren, wenn es klare Normen gibt, wie solche Formen von Arbeit sozial geschützt und gestaltet werden. Uns geht es nicht um weitere Deregulierung, sondern um Neuregulierung, damit ein Zerbröseln des Arbeitsmarktes verhindert wird:

- Strukturveränderungen in der Arbeitnehmerschaft (mehr Frauen, qualifizierte Angestellte, Jugendliche), aber auch der Wertewandel führen zu neuen und radikalen Ansprüchen an die Erwerbsarbeit. Frauen fordern ein neues Leitbild von Erwerbsarbeit jenseits von Patriarchat und Verwertungsinteresse des Kapitals. Gewerkschaften werden darum ihre Forderungen zur Gestaltung der Einkommen und der Arbeitszeit wie der Arbeitsbedingungen um immaterielle Forderungen nach Zeitsouveränität, Selbstverwirklichung in der Arbeit, Kommunikation und Beteiligung erweitern.

Neue Formen der Arbeitsorganisation bieten neue Chancen für eine souveräne Gestaltung der Arbeit, für eine höhere Qualifikation. Die Verschlankung und Ausgrenzung nichtproduktiver Teile der Belegschaft ist eins der Risiken, die wir mindern müssen. Auf keinen Fall können wir jene Teilung der Arbeitsmärkte hinnehmen, die den Hochqualifizierten gute, zukunftssichere Jobs sichert und den gering Qualifizierten und Behinderten nur ungeschützte Billigarbeitsplätze läßt. Darum brauchen wir neue Qualifizierungs- und Integrationskonzepte.

- Wie die gewerkschaftliche Interessenvertretung auf den Wandel in der Arbeitswelt eingehen soll, wird am Beispiel der Zukunft des Flächentarifvertrages deutlich. Nicht Deregulierung und Öffnung für gravierende Verschlechterungen, sondern die Festlegung klarer Rahmenbedingungen und regulierter Optionen sind unsere Leitlinien für eine Reform des Flächentarifvertrages. Dazu gehören attraktive Arbeitszeitmodelle, neue Formen der Entgeltbewertung als Folge neuer Arbeitsorganisation (Gruppenarbeit), Ent-hierarchisierung und Dezentralisierung. Aber auch die Bedürfnisse der Erwerbstätigen nach mehr Zeitsouveränität, Beteiligung und Mitbestimmung, die wechselnden Phasen von Erwerbs- wie Nichterwerbsarbeit sollen Gegenstand der Tarifpolitik sein. Es geht um ein neues Verhältnis von eigenverantwortlicher Lebensgestaltung durch Neuregulierung der Arbeitswelt.

- Gewerkschaftliche Konzepte zur Gestaltung der Arbeitswelt können neue Formen dezentraler Beteiligung und Gestaltung vorschlagen - aus Angeboten der Arbeitgeber müssen Rechte der Arbeitnehmer werden.

Mitbestimmung hieß früher vor allem überbetriebliche und gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung. Sie muß in Zukunft als Mitbestimmung am Arbeitsplatz, als umfassende Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Gestaltung der Arbeitsinhalte wie der Arbeitsbedingungen konzipiert werden. Diese neue Form der Mitbestimmung muß auch in Unternehmen gelten, in denen Mitarbeiter verschiedener Firmen tätig sind, sie muß einen neuen Rahmen für eine zunehmend zergliederte Untemehmensstruktur schaffen, sie wird die europäische Ebene umfassen.

VIII.

Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland ist untrennbar verknüpft mit der Zukunft des Sozialstaates und der ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft. Internationale Wettbewerbsfähigkeit kann auf Dauer nur erzielt werden, wenn die Wirtschaft nachhaltig und ressourcenschonend wächst. Der Sozialstaat ist eine notwendige Rahmenbedingung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Die internationale Konkurrenz ist vorrangig eine Innovations- und Investitionskonkurrenz. Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstehen durch Innovation. Eine solche Strategie zukunftsreicher Innovationen muß durch eine aktive Innovations-, Qualifikations- und damit Beschäftigungs-

politik des Staates und im Dialog von Tarifvertragspartnern und gesellschaftlichen Gruppen entwickelt werden. Im Vordergrund stehen die notwendigen Weichenstellungen für die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit. Innovation in den Unternehmen muß durch Industriepolitik gezielt unterstützt werden. Konzepten einer gesamtstaatlichen Investitionslenkung wird damit eine Absage erteilt, aber auch der Auffassung, daß Wirtschaft in der Wirtschaft stattfinden müsse. Industriepolitik wird vielmehr als das zielgerichtete Zusammenwirken von Staat, Gewerkschaften und Arbeitgebern bezogen auf die Branche verstanden, die mit einer Vielfalt von Instrumenten den ökologischen und sozialen Strukturwandel unter globalen Bedingungen fördert. Sie wird flankiert von einer regionalen Strukturpolitik, die Wirtschaftsförderung in ausgewählten Wachstumsfeldern betreiben will und auf Dialog und Kooperation, aber auch auf die Definition verbindlicher Ziele durch die Politik setzt.

Industrie und Regionalpolitik wollen Gewerkschaften nicht nur in Deutschland, sondern auch in der europäischen Union verwirklichen. Eingebettet werden muß diese Strategie in neue Gestaltungsansätze der Weltwirtschaft, die allen Regionen dieser Erde mehr Wohlstand und Wachstum bringen.

Marktwirtschaftliche Effizienz reicht keineswegs aus, um eine Strategie der sozialen und ökologischen Erneuerung - des nachhaltigen Wachstums - zu verwirklichen. Gefordert ist vielmehr ein intelligenter Interventionismus in die Marktwirtschaft, die Verbindung betriebswirtschaftlicher Effizienz mit volkswirtschaftlicher Zielsetzung. Regionale wie europäische Strategien müssen sich jedoch mittels neuer Instrumentarien und auf anderen Wegen der Willens- und Konsensbildung vollziehen, als dies bisher der Fall war. Hier kommt den Gewerkschaften die wichtige Aufgabe zu, sich vor allem unter Struktur- und beschäftigungspolitischen Zielsetzungen für handlungsfähige Regionen sowie ein politisch handlungsfähiges Europa einzusetzen.

Wie weitgehend und mit welchen Instrumenten vor allem das ökologische Umsteuern erreicht werden kann - dies ist eine der spannenden Kontroversen in unserer Programmdebatte. Ernst Ulrich von Weizsäcker vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie hat ein Modell des ökologischen Umsteuerns vorgelegt, das auf eine Besteuerung der Ressourcen, vor allem des Energieverbrauchs, bei gleichzeitiger Entlastung der Arbeitskosten setzt. So einsichtig dies auf den ersten Blick ist, so viele Fragen wirft seine Konkretisierung auf. Vor allem dort, wo energieintensive Produktion erfolgt und im Energiesektor selbst überwiegt die Skepsis. Auch wenn programmatisch von den Gewerkschaften schon seit langem die Vorteile einer engen Verbindung von Arbeit und Umwelt hervorgehoben werden, so sind doch viele bisher nicht bereit, dieses Umsteuern auch dort mitzubetreiben, wo es neben Gewinnern auch Verlierer geben wird. Dies kann aber nicht der Abschluß der Debatte sein, vor allem da das ökologische Umsteuern weit mehr umfaßt als die Steuerpolitik. Es geht vielmehr um einen neuen Begriff des Wachstums und damit auch des Wohlstandes. Die Skizze einer sozialökologischen Reform-

strategie, die nachhaltiges, d. h. ressourcenschonendes Wachstum mit einem Mehr an sozialer Gerechtigkeit verbindet, liegt vor. Ob sie tragfähig ist und ob sie auch ohne Widersprüche mit gewerkschaftlicher Beschäftigungs- und Industriepolitik verbunden werden kann, muß die weitere Debatte zeigen.

IX.

Trotz der Foren und Werkstattgespräche sind unsere programmatischen Vorstellungen zur Reform des Sozialstaates noch nicht ausreichend diskutiert. Der dauernde Druck der Arbeitgeber und ihrer Bündnispartner in Politik und Medien auf den Sozialstaat zwingt zuerst einmal zur Verteidigung errungenen Fortschritts vor allem in der Sozialpolitik und in der Organisation öffentlicher Dienstleistungen. Umfassende Deregulierung, Privatisierung und die Verlagerung sozialer Risiken auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen in einem zähen Ringen immer wieder neu abgewehrt werden. Eine von diesen politischen Notwendigkeiten freie Sozialstaatsdebatte konnte daher nicht stattfinden. Allein schon die Verwendung von Begriffen wie Umbau, private Risikovorsorge, Beachtung enger finanzieller Spielräume ruft schnell Mißverständnisse hervor, behindert eine konstruktive Debatte über die künftigen Aufgaben des Sozialstaates und auch darüber, wie er seine Aufgaben am besten erfüllen kann.

Die wesentliche Aufgabe des Sozialstaates bleibt die Wahrung des Zusammenhaltes unserer Gesellschaft. Nur wenn alle Bürgerinnen und Bürger Teilhaberechte am Reichtum dieser Gesellschaft garantiert bekommen, können sie ihr Leben nach ihren Vorstellungen gestalten. Der Sozialstaat ist weit mehr als Armenfürsorge, sondern das notwendige Fundament unserer Demokratie. Soziale und politische Freiheitsrechte gehören zusammen. Von diesem weiten Sozialstaatsverständnis her begründen sich seine Aufgaben: Der Sozialstaat trägt Verantwortung für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, für die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen und damit auch für die schnelle Angleichung der Regionen Ostdeutschlands an das „westliche Niveau“. Sozialstaatliches Handeln schließt die Förderung und Gestaltung des sozialen und ökologischen Wandels der Industriegesellschaft ebenso ein wie die Herstellung von Chancengleichheit, die Gewährleistung sozialer Sicherheit zur Verhinderung von Armut und Not sowie die Garantie der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, von Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie und Mitbestimmung.

Die Art und Weise, wie der Sozialstaat diese Aufgaben erfüllen kann, wird Gegenstand unserer Reformvorstellungen sein: Wir wollen weder einen Sozialstaat, der alles steuert und von oben herab bestimmt, noch einen Sozialstaat, der sich auf allgemeine Rahmenbedingungen beschränkt und alles andere dem freien Spiel der Kräfte überläßt. Der Staat als Partner der Bürgerinnen und Bürgender öffentliche Dienstleistungen für alle erbringt, ist unser Leitbild.

Rechtstaatlichkeit, Transparenz, Effizienz, Bürgernähe und Kundenfreundlichkeit sind Stichworte aus der Reformdebatte der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die Maßstäbe für die Gestaltung sozialstaatlichen Handelns sein müssen. Dabei können Dienstleistungen auch in gemischten Organisationsformen erbracht werden.

Leistungsfähigkeit und Sparsamkeit schließen sich nicht aus. Nicht jeder Vorschlag zum Sparen muß gleich den Abbau sozialer Standards bedeuten. Vielmehr kommt es darauf an, Einsparungen zu erbringen und die Qualität sozialstaatlicher Leistungen zu steigern. Eine Sozialstaatsdebatte unter dem Vorzeichen knapper Kassen und wachsender Probleme kann nur auf Prävention setzen. Durch vorausschauendes Handeln in der Arbeitsmarkt-, der Gesundheits-, der Sozialpolitik Kosten zu vermeiden - darin zeichnet sich eine Sozialpolitik der Zukunft aus.

Angesichts des Desasters, daß in absehbarer Zeit mit mehr als sechs Millionen Menschen ohne Beschäftigung zu rechnen sein wird, sollte dem Erreichen eines Beschäftigungsniveaus, das Vollbeschäftigung wiederherstellt, größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Umstritten ist jedoch, inwieweit die Massenarbeitslosigkeit und die wachsende Zahl ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse es noch erlauben, soziale Sicherung weiterhin fast ausschließlich auf die Ausübung einer Erwerbsarbeit zu stützen. Brauchen wir nicht vielmehr eine Grundsicherung, die die bisherigen Systeme sozialer Sicherheit ergänzt, die mehr ist als die Sozialhilfe und die allen Bürgerinnen und Bürgern ein Mindestmaß an eigenständiger Lebensgestaltung ermöglicht? Wenn nicht die Gewerkschaften eine solche Weiterentwicklung unserer gesetzlichen Sozialversicherung bestimmen, dann werden die liberalen oder grünen Vorstellungen eines allgemeinen Bürgergeldes zu Lasten der bisherigen Versicherungssysteme mehr Unterstützung finden.

Bedacht werden muß, daß die Reform des Sozialstaates auch seine Grenzen deutlich markieren muß. Er kann nur den Rahmen für Freiheit und Selbstbestimmung schaffen - immer wieder neu erstritten und verwirklicht werden müssen sie in der Gesellschaft. Die Demokratisierung der Gesellschaft, die umfassende gesellschaftliche Gleichstellung der Frauen und mehr Chancengleichheit durch Bildung und Ausbildung skizzieren unser Verständnis gesellschaftlicher Reformen. Ihr Ausgang verbessert die Durchsetzungschancen gewerkschaftlicher Interessenvertretung auch in der Arbeitswelt.

X.

Die Zukunft der gewerkschaftlichen Interessenvertretung war Ausgangspunkt und sie ist Endpunkt unserer Reformvorstellungen. Die Gewerkschaften sind reformwürdig und -fähig. Sie müssen sich öffnen für die wachsende Vielfalt, die unsere Arbeitswelt kennzeichnet. Gewerkschaftliche Betriebspolitik und eine betriebsnahe Tarifpolitik werden wieder einen größeren Stellenwert

bekommen. Dezentralisierung und Regionalisierung erfordern Antworten und Handlungskonzepte, die nicht uniform sein können. Die Tarifpolitik muß einen schwierigen Balanceakt zwischen dem Vollbringen, was für alle gleichermaßen festgelegt werden, und dem, was für den einzelnen Betrieb oder die örtliche Verwaltung selbst gestaltbar sein kann. Die Konsequenz ist eine andere Form der innergewerkschaftlichen Willensbildung und damit der innergewerkschaftlichen Demokratie. Dabei wandeln wir auf einem schmalen Grat.

Wenn wir für jede Gruppe unserer Mitglieder, jeden Betrieb und jedes Unternehmen Unterschiedliches zulassen, dann verlieren Gewerkschaften Bindekraft und Durchsetzungsvermögen. Als Institutionen der Solidarität müssen sie auf kollektiven Regelungen und damit auch auf die Verbindlichkeit von Beschlüssen beharren. Wenn sie aber zuviel durch Beschlüsse regeln und dem einzelnen zu viel vorschreiben, dann riskieren sie, daß sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch Betriebs- und Personalräte an den Gewerkschaften vorbei mit den Arbeitgebern verständigen. Die Fähigkeit, unterschiedliche Interessen zusammenzuführen, entscheidet über die Zukunft der Gewerkschaften. Die Zeiten, wo auf Knopfdruck Mitglieder mobilisiert und wieder demobilisiert werden konnten, sind vorbei. Harte Überzeugungsarbeit muß heute dort geleistet werden, wo früher ein Flugblatt ausreichte. Das ist gut so, denn es sichert uns Realitätsnähe und Sinn für das Durchsetzbare. Ein solches Verständnis gewerkschaftlicher Politik ist keineswegs defensiv. Mitglieder wollen auch mobilisiert werden und für ihre Interessen kämpfen. Manchmal verlangen sie mehr Engagement und Härte, manchmal sehen sie eher die Notwendigkeit zum Kompromiß als dies in Gewerkschaftszentralen geplant ist. Mehr Mitgliederbeteiligung, eine bessere Information und Kommunikation in den Gewerkschaften sind notwendig, um uns auch in Zukunft handlungsfähig zu machen.

So sehr gewerkschaftliche Interessensvertretung auf die Unterstützung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen ist, so sehr braucht sie auch den Dialog mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, mit den Medien, mit der Wissenschaft und auch mit den politischen Parteien. Von ihnen haben wir in der Vergangenheit viele Anstöße und Anregungen erhalten. Die Einheitsgewerkschaft ist auf die kritische Begleitung aus den demokratischen Parteien angewiesen. Ohne die neuen sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre hätte sie manche produktiven Hinweise nicht bekommen. Der Dialog mit den Kirchen, aber auch mit der kritischen Öffentlichkeit zwingt uns immer wieder, über Grundsätze und Ziele unseres Handelns nachzudenken.

Wir nehmen in Anspruch, Motor sozialer Reformen und Anwälte sozialer Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft zu sein. Auch unser neues Programm und die Reform unserer Organisation sollen diesen Anspruch unterstreichen und einlösen helfen. Ob sie diesem Anspruch gerecht werden, ob wir mit unserer Reform Erfolg haben, das zu beurteilen, wird frühestens am Ende dieses Jahres möglich sein.